

# Medienspiegel Woche 20 / 2017



## Inhalt

### **St.Gallen / Immersion / Englisch / Kantonsschule / Lehrplan Volksschule / Vielfalt / Sexualerziehung**

Tagblatt, 15. Mai 2017

[Kontroverse um das Englisch](#) 1

Tagblatt, 16. Mai 2017

[Englisch auf die Oberstufe](#) 2

Kanton St. Gallen: Verwaltung und Regierung, aktuell

[Informationsplattform für Schulverwaltung und Lehrpersonen zur Einführung Lehrplan Volksschule](#) 3

Lehrplan Volksschule, PHSG aktuell

[Einführung und Umsetzung des neuen Lehrplans](#) 3

Tagblatt, 19. Mai 2017

[«Schwul sein ist keine Qualifikation»](#) 4

### **Thurgau / Frühfremdsprachen / Kantonsrat / Integration / Brühlmann Jürg**

Tagblatt, 17. Mai 2017

[Lebensrettende Sofortmassnahmen fürs Frühfranzösisch](#) 7

Tagblatt, 18. Mai 2017

[Frühfranzösisch: Kein Umschwung](#) 8

Tagblatt, 15. Mai 2017

[«Die Lehrpersonen dürfen nicht einfach alleingelassen werden»](#) 9

### **Basel / Geschichte / Andreotti Mario / Föderalismus / Demokratie**

Schweiz am Wochenende, 20.5.2017

[Schweizer Historiker alarmiert: Zahl der Geschichts-Studenten ist massiv gesunken](#) 10

NZZ, 18.5.2017

[Schweizer Föderalismus – Auf der Schlachtbank](#) 12

### **Zürich / SOL / Schulleiter / Niederhasli**

Zürcher Unterländer, 18.05.2017

[Umstrittener Schulleiter tritt ab](#) 15

Zürcher Unterländer, 18.05.2017

[Schule hält fest an kritisiertem Modell](#) 15

Interessengemeinschaft Schule Niederhasli Niederglatt Hofstetten, 17. Mai 2017

[Kündigung des Schulleiters der umstrittenen Sekundarschule in Niederhasli](#) 16

### **Neoliberale / Linke**

Schule Schweiz, 16. Mai 2017

[Neoliberale oder linke Bildungspolitik?](#) 17

Tagblatt, 15. Mai 2017

## Kontroverse um das Englisch

**SCHULUNTERRICHT · Ist es sinnvoll, das Fach Geschichte an der Kantonsschule auf Englisch zu unterrichten? Nein, sagt der St.Galler SP-Kantonsrat und Historiker Max Lemmenmeier. Fachleute widersprechen.**

Richard Clavadetscher

Aus der Mitte des Parlaments gibt es immer mal wieder Vorstösse, die nicht ganz einfach zu beantworten sind – auch wenn sie so heissen: einfache Anfrage. Ein Beispiel ist der Vorstoss des St.Galler Kantonsrats und SP-Kantonalpräsidenten Max Lemmenmeier. Der studierte Historiker will von der Regierung wissen, warum das Fach Geschichte an den Mittelschulen als sogenanntes Immersionsfach – als Fach also, das in einer Zweitsprache (hier: Englisch) unterrichtet wird – aufgeführt werde, obwohl nur ganz wenige Schüler anschliessend ein Studium der Geschichte aufnehmen und dieses Geschichtsstudium ja nicht primär englischsprachig ausgerichtet sei.

Aus Lemmenmeiers Anfrage liest sich unschwer heraus, dass er nicht viel davon hält. Vielmehr ist er der Meinung, dass gerade das Fach Geschichte sich bestens dafür eigne, die sprachliche Kompetenz im Deutschen zu fördern – statt Mängel in diesem Bereich mit zusätzlichen Förderinstrumenten zu therapieren.

### «Vertiefte Bildung in komplexen Prozessen»

Das Fach Geschichte diene der «vertieften Bildung in komplexen historischen und politischen Prozessen», so Lemmenmeier weiter. Und er fragt die Regierung an, ob sie nicht auch der Meinung sei, dass die in diesem Fach formulierten Lernziele nur schon aufgrund der beschränkten fremdsprachlichen Fähigkeiten der Schüler gar nicht erreicht werden könnten, wenn der Unterricht auf Englisch erfolge.

Der St. Galler Historiker ist zudem der Meinung, der Unterricht in Schweizer Geschichte und insbesondere in Staatskunde müsse schon aus staatspolitischen Gründen in der Muttersprache erteilt werden, damit die Schüler auch mühelos folgen könnten. Das geschichtliche Verständnis der Schüler sei nämlich «für die Identität und die politische Entwicklung eines Landes von zentraler Bedeutung». Geschichtsunterricht in einer Fremdsprache, so Lemmenmeier auf unsere Nachfrage, «kann dem Verlust von kritischem Denken Vorschub leisten». Für künftige Führungskräfte eines Landes aber sei es «zentral, sich die politischen und historischen Zusammenhänge in ihrer Komplexität anzueignen und sie kritisch zu hinterfragen». «Das aber ist in der englischen Sprache, die erst schrittweise erlernt wird, nicht möglich.»

Was aber sagen Fachpersonen dazu? Teilen sie Lemmenmeiers dezidierte Haltung gegen Geschichte als Immersionsfach? Die Frage geht einerseits an Marc König, Rektor an der Kantonsschule Burggraben in St. Gallen und Präsident der Konferenz schweizerischer Gymnasialrektoren, zuvor Direktor der Schweizer Schule in Rom, andererseits an Thomas Christian Müller, Dozent für Fachdidaktik Geschichte an der Universität Zürich.

Um es vorwegzunehmen: Beide anerkennen Lemmenmeiers Bedenken, seine rigorosen Forderungen teilen sie jedoch nicht. «Die von Lemmenmeier genannten Probleme können pragmatisch gelöst werden», sagt Fachdidaktiker Müller. So könne im sonst englischsprachigen Geschichtsunterricht ja Staatskunde auf Deutsch vermittelt werden. In den Geschichtslehrplänen gebe es aber zahlreiche Themen, deren Vermittlung in Englisch sehr gut funktioniere. Müller nennt als Beispiele die Geschichte Englands und Amerikas, die Kolonial- und Globalgeschichte.

## Rektor ist von Professionalität beeindruckt

Marc König wiederum ist zwar auch der Meinung, dass Mittelschüler sich in der Muttersprache grundsätzlich differenzierter äussern könnten als in einer Fremdsprache. Lemmenmeiers Ausführungen sind ihm aber gleichwohl zu absolut. «Language Awareness» (Sprachbewusstsein) in der Muttersprache könne nämlich durchaus in der Auseinandersetzung mit anderen Sprachen erarbeitet werden. Gerade in der Praxis beeindrucke ihn immer wieder, mit welcher Professionalität die Schüler etwa bei Projektarbeiten mit Fremdsprachen umgingen, so König. Im Übrigen spricht der Rektor der Kantonsschule Burggraben wie schon Fachdidaktiker Müller einer pragmatischen Herangehensweise das Wort. Im Fach Wirtschaft und Recht etwa werde an seiner Schule exakt dies praktiziert: Der wirtschaftliche Teil erfolge in Englisch, der rechtliche «ganz bewusst auf Deutsch».

Eignet sich Geschichte als Immersionsfach? Da die St. Galler Regierung bei der Beantwortung der einfachen Anfrage Lemmenmeiers auf das muttersprachliche Deutsch zurückgreifen kann, wird es ihr an der nötigen Differenziertheit wohl nicht fehlen.

<http://www.tagblatt.ch/ostschweiz/stgallen/kanton/kontroverse-um-das-englisch;art122380,4983041>

Tagblatt, 16. Mai 2017

Forum

## Englisch auf die Oberstufe

### Ausgabe vom 6. Mai: «Es geht um die Symbolik»

Als ehemaliger Primarlehrer bin ich der Meinung, Fremdsprachen gehören auf die Oberstufe, damit der Unterricht auf der Primarstufe weniger hektisch gestaltet werden kann und Deutsch mehr Gewicht hat. Aber wenn aus politischen Gründen unbedingt eine Fremdsprache auf die Primarstufe muss, dann sollte es Französisch sein. Der Vorschlag vom Forum Helveticum, den Englischunterricht auf die Oberstufe zu verschieben, schlägt zwei Fliegen mit einer Klappe. Erstens wird Französisch in der Primarschule beibehalten und ein brisantes Politikum vermieden. Zweitens wird dem Anliegen, auf der Primarstufe nur eine Fremdsprache zu unterrichten, Rechnung getragen. Zwar ist Englisch als Universalsprache unabdingbar, aber ich finde es dennoch unangebracht, zuerst damit zu beginnen, da sich diese Sprache wegen der einfacheren Grammatik deutlich leichter lernt.

Heinrich Geeler Quellenstr. 20, 8580 Amriswil

Kanton St. Gallen: Verwaltung und Regierung, aktuell

## **[Informationsplattform für Schulverwaltung und Lehrpersonen](#)**

Verschiedene Informationsquellen zur «Einführung Lehrplan Volksschule»

- [Lehrplan Volksschule](#)
- [Einstieg](#)
- [Broschüre «Einführung und Umsetzung»](#)
- [Film «Mit dem neuen Lehrplan unterwegs»](#)
- [Lehrmittel](#)
- [Beurteilung der Fachleistungen](#)
- [Lern- und Testsysteme](#) ([Mehr dazu](#))

Lehrplan Volksschule, PHSG aktuell

## **Einführung und Umsetzung des neuen Lehrplans**

<http://blogs.phsg.ch/LP21/>

Tagblatt, 19. Mai 2017

## Schul sein ist keine Qualifikation



«Was die Akzeptanz von transsexuellen Menschen angeht, stecken wir noch in den Kinderschuhen»: Nils Rickert. (Bild: Michel Canonica)

OSTSCHWEIZ · Wenn es um sexuelle Gesundheit geht, ist die Aids-Hilfe St. Gallen-Appenzell die wichtigste Anlaufstelle in der Ostschweiz. Präsident Nils Rickert über Geschlechtskrankheiten, die Trägheit der Kantonalpolitik und sein eigenes Coming-out.

Marcel Elsener, Andri Rostetter

Nils Rickert, warum übernehmen Sie das Präsidium der Aids-Hilfe St.Gallen-Appenzell? Ein Umweltverband hätte weniger überrascht.

Die Aids-Hilfe ist auf mich zugekommen. Ich verfolge die Kernthemen des Vereins seit längerem, vor allem den MSM-Aspekt, also Männer, die Sex mit Männern haben. Deshalb war ich sofort sehr interessiert. Ich bin stets auf der Suche nach einem ausserberuflichen Engagement, bei dem ich etwas bewirken kann. Tatsächlich hätte es auch eine Funktion bei einem Umweltverband oder im Heimatschutz sein können.

Was macht Sie denn zur geeigneten Person für diese Charge?

Ich kann einen Mix von Kompetenzen und Erfahrungen einbringen. Erstens in der Kommunikation: Die Fachstelle ist noch zu wenig bekannt. Die meisten haben von der Aids-Hilfe gehört, aber die wenigsten wissen, was wir alles leisten. Zweitens die politische Vernetzung. Zwar ist bereits SP-Kantonsrätin Jacqueline Schneider im Vorstand, doch da wir viele Leistungen im Auftrag der Kantone erbringen, kann weiteres Politwissen helfen. Drittens habe ich als schwuler Mann eine Nähe zu einem Teil der Themen. Wobei ich einschränken muss: Homosexualität ist nur ein Teilbereich, ein grosser Teil unserer Arbeit ist allgemeine sexuelle Aufklärung.

Bei der Aids-Hilfe sind zwei schwule St.Galler Politiker ans Ruder gekommen – auf schweizerischer Ebene Regierungsrat Martin Klöti, in der Region Sie als Ex-Kantonsrat.

Das ist eher ein Zufall. Schwul zu sein ist per se keine Qualifikation. Mit mir zusammen sind zwei Frauen in den Vorstand gewählt worden, und das ist gut so. Schwule sind mittlerweile bei der Aids-Hilfe in der Minderheit. Klar gibt und braucht es für die MSM-Thematik eine schwule Komponente, aber ein solches Gremium muss wild durchmischt sein.

In der Öffentlichkeit ist Aids kaum noch ein Thema, die Fallzahlen sind so tief wie nie in den letzten 30 Jahren. Ist die Aids-Hilfe ein Anachronismus?

Nein, es braucht sie, eben weil sie ein breitgefächertes Angebot macht. So sind wir als Grundversorger mit jährlich 378 Schulbesuchen die wichtigste Organisation zu den Themen sexuelle Gesundheit und Coming-out von homosexuellen Menschen in der Schule. Nicht umsonst heisst unser Angebot Fachstelle für Aids- und Sexualfragen. Die Coming-out-Beratung ist gefragt, da hat sich die Nachfrage in den letzten Jahren verdoppelt.

Politiker und Kommunikator

2016 verpasste er zwar die Wiederwahl in den Kantonsrat, doch Nils Rickert zählt nach wie vor zu den bekanntesten Figuren des St.Galler Politbetriebs. Ein öffentliches Amt hat er nicht mehr, der 43-jährige Kommunikationsprofi mit HSG-Abschluss ist aber weiter politisch aktiv – als Vizepräsident der GLP-Kantonalpartei und Präsident der Grünliberalen See-Gaster. Hauptberuflich ist Rickert für die PR-Agentur Farner unterwegs, seit dem 12. Mai präsidiert er den Verein Aids-Hilfe St.Gallen Appenzell. Im März kandidierte er für den Stadtrat von Rapperswil-Jona, zog sich aber nach dem ersten Wahlgang zurück.

(ar)

### *Ist das Leben für junge Schwule und Lesben in der Ostschweiz besser geworden?*

Wenn man unter seinem Umfeld leidet und nicht nach Zürich ausweichen kann, ist die ländliche Ostschweiz sicher schwierig. Es gibt in St.Gallen keine Szene, besser gesagt Community, im Unterschied zu Zürich, Bern, Basel, Genf oder Lausanne. In grösseren Städten siehst du, was sich tut, du kannst leichter einsteigen. Global betrachtet, sind wir aber in der Schweiz in einer sehr privilegierten Lage. Das heisst nicht, dass die Situation im Einzelfall nicht schwierig bleibt und sich viele nicht getrauen, sich zu outen.

Die Sensibilität für Homosexualität hat insgesamt zugenommen, aber immer wieder flackert auch die Homophobie neu auf.

Bei allen Verbesserungen geht die Homophobie leider nicht weg. Was die Akzeptanz von transsexuellen Menschen angeht, stecken wir noch in den Kinderschuhen. Und trotz der offener gewordenen Gesellschaft bleibt es für viele schwierig, zu ihrer Neigung zu stehen. Denn viele Jugendliche haben ein konservatives persönliches Umfeld. Als Jugendlicher zu merken, dass man schwul, lesbisch oder gar transsexuell ist, bleibt eine enorme Belastung und führt nicht selten zu Suizidgefährdungen.

Heikel ist die Situation für Migrantinnen und Migranten mit strenggläubiger Herkunft.

Wir haben ein Programm für Migranten und eines für unbegleitete minderjährige Asylsuchende. Sicher ist die Situation je nach Migrationsumfeld speziell belastet. Aber ich will das nicht überbewerten, denn wir haben gleichzeitig in der Ostschweiz viele evangelikale Bewegungen wie die ICF, modern verpackt, aber erzkonservativ. Einige von diesen gelten als homophob. Wer in diesem Umfeld aufwächst, hat es ähnlich schwer wie in, sagen wir, mittelentwickelten Ländern.

Welchen Stellenwert hat die HIV-Prävention heute?

HIV-Prävention und die Unterstützung von Menschen mit HIV bleibt wichtig. Unser Hauptangebot in der Prävention gilt nebst HIV Hepatitis, Chlamydien, Syphilis und Tripper. Diese «klassischen» Geschlechtskrankheiten sind am Steigen, da müssen wir kommunikativ also viel aufholen. Was viele Leute nicht wissen: Ein Kondom schützt vor HIV, jedoch nicht oder nur beschränkt vor anderen Krankheiten.

Was haben Sie als grösste Baustelle ausgemacht?

Wir sind in allen Bereichen gut aufgestellt. In der Sexualpädagogik sind wir sehr stark ausgelastet, Wachstum ist kaum mehr möglich. Eine Schwachstelle ist sicher die Information breiter Kreise, auch in der Medienarbeit. National sind die Bereiche ja getrennt: Aids-Hilfe für Risikogruppen, sexuelle Gesundheit für «Normalgruppen». Wir sind bei beiden Organisationen Mitglied und machen diesen Unterschied nicht. Das müssen wir besser kommunizieren, auch eine Namensänderung steht immer mal wieder zur Diskussion.

Ihr eigenes Coming-out erlebten Sie erst nach dem Studium an der HSG.

Das hatte weniger mit dem gesellschaftlichen als mit meinem persönlichen Umfeld zu tun. Ich wurde ja grundsätzlich nach dem Motto «Zwei Kinder, vier Hunde» – oder umgekehrt – sozialisiert und meinte auch, dass man Kinder will und hat. Als ich vor bald 20 Jahren mein Coming-out hatte, war das damals noch gleichzeitig der Entscheid, keine Kinder zu haben. Nun sieht das besser aus, wenn auch das Adoptionsrecht strittig bleibt. Mich als schwul zu outen war für mich ein längerer, belastender Prozess.

Ist das Aids-Hilfe-Präsidium ein Trostpreis, nachdem es mit dem Kantonsrat und dem Stadtrat in Rapperswil-Jona nicht geklappt hat?

Ach was. Ich bin nach wie vor politisch aktiv, unter anderem als Vizepräsident der GLP-Kantonalpartei. Diese Partei füllt eine wichtige Lücke, ich glaube an sie. Jüngste Studien zeigen, dass es uns in der Mitte braucht: CVP und BDP stürzen gesamtschweizerisch weiter ab, nur wir können unser Niveau halten.

Sie waren doch schon mal in einer untergegangenen Kleinpartei ...

... 1997 rutschte ich als LdU-Kandidat im Wahlkreis Rorschach in den Kantonsrat nach. Die Partei implodierte bei den Wahlen 2000. Dann zog ich nach Zürich und war zehn Jahre lang nicht aktiv in der Politik. Erst als ich wegen meines damaligen Freundes und heutigen Ehemannes nach Rapperswil-Jona zog, wurde die Politik wieder aktuell.

Sehen Sie den Kantonsrat mit anderen Augen, seit Sie weg sind?

Manchmal bin ich froh, dass ich nicht mehr dabei bin. Etwa, wenn zwei Tage lang jedes Detail der Rechnung beraten wird. Noch etwas zum Trostpflaster: Für mich war klar, dass ich 20 Prozent meiner Zeit etwas ausserhalb des Jobs machen will. Insofern war ich nach der Abwahl schon auf der Suche nach einer Aufgabe. Ich habe zuerst für den Stadtrat kandidiert, und erst dann kam die Anfrage der Aids-Hilfe. Und als Präsident der Aids-Hilfe habe ich deutlich mehr Gestaltungsmöglichkeiten. Die Politik ist da träger. Das heisst aber nicht, dass ich nie wieder für ein Amt kandidieren werde.

Ihr grösster Erfolg war das Referendum gegen das Raumplanungsgesetz. Was war Ihr grösster Ärger?

Die Spitaldiskussion. Alles drehte sich um Grabs und Altstätten, Wattwil schlüpfte einfach so durch. Ich habe damals die Chance verpasst, die regionalpolitisch begründete Investition ins Spital Wattwil stärker in Frage zu stellen. Wenn Wattwil so gebaut wird wie geplant, wird das Wil mittelfristig belasten. Wil wird Wattwil quersubventionieren müssen. Da habe ich mich, wie meistens, vor allem über mich selber geärgert: Ich machte taktische und andere Fehler.

Am Sonntag wählt Rapperswil-Jona noch einmal. Kommt es gut?

Das Wichtigste ist, dass die Stadt wieder eine funktionierende Regierung erhält, in der im Team gearbeitet und nicht intrigiert wird. Die nächsten Jahre werden schwierig bleiben, das Misstrauen in der Bevölkerung ist nicht überwunden. Manchmal scheint mir, dass wir die zweitreichste Stadt sind, aber die schlechteste Stimmung im Kanton haben. Ich fühle mich aber sauwohl dort.

<http://www.tagblatt.ch/ostschweiz/schwul-sein-ist-keine-qualifikation;art120094,4987417>

## **Mehr dazu:**

### ***Fachstelle für Aids- und Sexualfragen***

<http://ahsga.ch/sexualpaedagogik/ab-5-klasse>

### **Sexualerziehung? Familiensache!**

### ***Elterninitiative Sexualerziehung Schweiz***

<http://www.sexualerziehung-familiensache.com/Startseite/>

## **Symposium: Sexualpädagogik der Vielfalt**

### **Kritik einer herrschenden Lehre**

am 6. Mai 2017 in Wiesbaden

<https://paedagogikvielfalt.wordpress.com/>



Tagblatt, 17. Mai 2017

## Lebensrettende Sofortmassnahmen fürs Frühfranzösisch



Die Thurgauer Regierung versucht, das Parlament von einer Beibehaltung des Französisch auf der Primarstufe zu überzeugen. (Mareycke Frehner/Archiv)

**SPRACHENSTREIT · Einfachere Dispensationsmöglichkeiten, mehr Halbklassenunterricht: Mit diesen und weiteren Massnahmen will die Thurgauer Erziehungsdirektorin Monika Knill den Gegnern das Frühfranzösisch doch noch schmackhaft machen.**

Sebastian Keller

Monika Knill hat zum Endspurt für die Rettung des Frühfranzösisch angesetzt. Gestern versandte der Informationsdienst im Auftrag der Thurgauer Erziehungsdirektorin ein Dokument mit dem Titel «Massnahmen zur Verbesserung des Französischunterrichts». Adressaten: 130 Thurgauer Kantonsrätinnen und Kantonsräte und die Medien. Damit versucht Monika Knill, das Parlament von einer Beibehaltung des Französisch auf der Primarstufe zu überzeugen. Bei der ersten – von der Schweiz viel beachteten – Lesung standen die Zeichen auf Abschaffung. Im Dokument heisst es, dass die Massnahmen rasch umgesetzt werden können und keine Kostenfolgen nach sich ziehen. Sollte der Grosse Rat das Frühfranzösisch doch noch verschonen, würden die Verbesserungen auf das Schuljahr 2018/2019 umgesetzt. Am Dokument mitgearbeitet haben die Geschäftsleitung von Bildung Thurgau. «Wir haben zusammen daran gefeilt», sagt Beat Brüllmann, Chef des Thurgauer Amtes für Volksschule. Das Leitungsgremium des Verbandes unterstütze das Frühfranzösisch, wenn die Verbesserungen kommen.

– Dispensation: «Die bürokratischen Hürden dafür werden als zu umständlich beurteilt», heisst es im Dokument. Deshalb will der Regierungsrat die Volksschulverordnung anpassen. Neu sollen Lehrer überlasteter Schüler zusammen mit den Eltern bei der Schulleitung eine Dispensation beantragen können. «Das wäre niederschwelliger als heute», sagt Brüllmann. In allen anderen Fächern hat weiter die Schulaufsicht ein Wörtchen mitzureden. Wer vom Französisch dispensiert ist, hat aber keine Freistunde. «Diese Schüler müssten beispielsweise im Deutsch arbeiten», sagt Brüllmann. Denkbar sei, dass die Dispensierten weiterhin den Französischunterricht besuchen – einfach ohne Benotung. Die Ausgestaltung obliegt den Schulen.

– Halbklassenunterricht: Vor allem mündliche Fähigkeiten können in der kleineren Klassenformation intensiver geübt werden. Deshalb sollen in der Regel beide Wochenlektionen Französisch, mindestens aber eine, in der Halbklassen gehalten werden. Heute profitieren gemäss Kanton nur 42 Prozent aller Klassen der 5. und 6. Primarstufe vom Halbklassenunterricht im Französisch.

– Übertrittsregeln: Der Kanton hält im Dokument fest, dass die Gewichtung der Fremdsprachen für die Einteilung in die Klassentypen «teilweise zu hoch» sei. Neu sollen die Leistungen in den Fremdsprachen lediglich in die Gesamtbeurteilung einfließen. «Damit reduzieren wir den Druck auf die Lehrpersonen der Mittelstufe», sagt Brüllmann.

– Lehrmittel: Im Sommer kommen zwei neue stufenübergreifende Lehrmittel – «dis donc!» und «Ça bouge!» – auf den Markt. Die heutigen Lehrmittel werden kritisiert, weil sie die Zielsetzungen der Primarstufe und die Mehrsprachendidaktik zu wenig berücksichtigen. Im nächsten Schuljahr werden die Lehrmittel in einer Arbeitsgruppe vorgestellt und getestet. Danach soll eines der Lehrmittel für obligatorisch erklärt werden. In Zusammenarbeit mit Bildung Thurgau werde die Stoffmenge an die Anzahl Wochenlektionen angepasst und nach drei bis fünf Jahren überprüft, heisst es weiter.

Ob die angekündigten Massnahmen die Gegner des Frühfranzösisch zum Umschwung zu bewegen vermögen, zeigt sich an der zweiten Lesung vom 14. Juni.

<http://www.tagblatt.ch/ostschweiz/thurgau/kanton/lebensrettende-sofortmassnahmen-fuers-fruehfranzoesisch;art123841.4985477>



## Frühfranzösisch: Kein Umschwung

Die Aussichten für das Frühfranzösisch bleiben düster. Die präsentierten Verbesserungsmaßnahmen für den Französischunterricht (TZ von gestern) haben daran wenig geändert. Bei den Grünen, die in der zweiten Lesung das Zünglein an der Waage spielen könnten, haben sie bisher keinen Meinungsumschwung bewirkt. Kantonsrat Kurt Egger (Eschlikon), Präsident der Grünen Thurgau, sagt: «In der Substanz waren die nun angekündigten Massnahmen ja bereits früher bekannt.» Nun seien sie etwas ausführlicher dargelegt. Für ihn reichen sie aber nicht aus, ihn vom Frühfranzösisch zu überzeugen. Er setzt hinter die Aussage, dass die Massnahmen keine Kostenfolgen hätten, ein Fragezeichen. Gerade was die Dispensation betreffe, sei in der Oberstufe mit höheren Kosten für Schüler zu rechnen, die in der Primarschule dispensiert würden. Zudem sei für mehr Halbklassenunterricht mehr Geld notwendig. Mit anderen Parteien werde trotzdem versucht, am 14. Juni einen Rückweisungsantrag zu stellen. Ein solcher aus den Reihen der Grünen war in der ersten Lesung chancenlos. (*seb.*)

<http://www.tagblatt.ch/ostschweiz/thurgau/kanton/fruehfranzoesisch-kein-um-schwung;art123841,4986612>

Tagblatt, 15. Mai 2017

## Die Lehrpersonen dürfen nicht einfach alleingelassen werden

### Jürg Brühlmann, immer wieder gibt es auch von Lehrpersonen Kritik an der integrativen Schule. Was läuft schief?

Wenn die Anzahl Kinder pro Klasse und die zu unterrichtenden Lektionen erhöht werden, wenn der Halbklassenunterricht abgebaut wird und gleichzeitig sehr herausfordernde Kinder integriert werden sollen, sind das irritierende Signale aus der Politik.

Wie steht der Lehrerverband denn zur integrativen Schule?

Der Auftrag des Gesetzgebers ist klar, die integrative Schule muss umgesetzt werden. Danach richten wir uns. In gewissen Regionen funktioniert dieses Schulmodell bereits heute gut, in anderen gibt es noch grossen Nachholbedarf.

Der Föderalismus ist hier also ein Nachteil?

Nein, eigentlich nicht. Es gibt in der Schweiz viele unterschiedliche Modelle und Ansätze für die integrative Schule, die interessant sind und oft auch funktionieren. Das Problem ist, dass diesbezüglich kein Austausch stattfindet zwischen den Gemeinden und Kantonen. Sie können darum nicht voneinander lernen. Die Informationen müssen in Zukunft besser geteilt werden.

Welche Folgen hat die integrative Schule für die Lehrer?

Jeder Einzelfall kann sehr viel mehr Arbeit verursachen: mit Gesprächen, runden Tischen, in der Klassenführung. Der Unterricht muss stärker personalisiert und differenziert werden, was den Aufwand erhöht.

Was braucht es denn, damit dieses Schulmodell funktioniert?

Die Rahmenbedingungen sind entscheidend. Wichtig ist, dass genügend Ressourcen vorhanden sind und diese auch richtig eingesetzt werden. Die Klassen dürfen nicht zu gross sein, und es braucht genügend Sonderpädagogen, die sich um die Kinder mit einer Behinderung kümmern. Die Lehrpersonen dürfen nicht einfach alleingelassen werden.

Wie geht es weiter?

Wir sind noch immer in der Anfangsphase der integrativen Schule. Es wird noch zehn bis zwanzig Jahre dauern, bis die Lösungen wirklich funktionieren. Es darf nun einfach keinen Rückschlag geben, indem bei der Bildung abgebaut wird. Nimmt der Druck auf die Schulen und die Lehrer weiter zu, wird der Integrationsprozess Schaden nehmen. (mbu)

<http://www.tagblatt.ch/nachrichten/schweiz/die-lehrpersonen-duerfen-nicht-einfach-alleingelassen-werden;art253650,4983291>

Schweiz am Wochenende, 20.5.2017

## Schweizer Historiker alarmiert: Zahl der Geschichts-Studenten ist massiv gesunken

von Yannick Nock

**Die Zahl der Geschichtsstudenten bricht ein, der neue Lehrplan 21 wertet das Fach ab. Historiker sorgen sich um den Schulunterricht – und die Demokratie.**

Wer die Vergangenheit nicht kennt, ist dazu verdammt, sie zu wiederholen. Die Warnung des spanischen Philosophen George Santayana ist aktueller denn je, denn die Vergangenheit droht in Vergessenheit zu geraten. Die Zahl der Studenten mit Hauptfach Geschichte hat seit 2004 abgenommen, von 4300 auf 2650. Das ist der tiefste Wert seit über 30 Jahren.

Die Entwicklung ist umso erstaunlicher, als die Anzahl Studierender schweizweit wächst. Zudem haben die Hochschulen vielerorts die Lateinpflcht abgeschafft. Trotzdem werden die Geschichtsstudenten immer weniger – mit Folgen für die Fachrichtungen. Universitäten bieten Spezialisierungen wie «Schweizer Geschichte» längst nicht mehr im Hauptfach an.

Die Digitalisierung dürfte den Trend verstärken, denn die Wirtschaft lechzt nach Fachkräften. Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik (MINT) gewinnen an Bedeutung. «Wir beobachten seit mehreren Jahren eine Verschiebung von den Geisteswissenschaften zu den MINT-Fächern», sagt Michael Hengartner, Rektor der Universität Zürich.

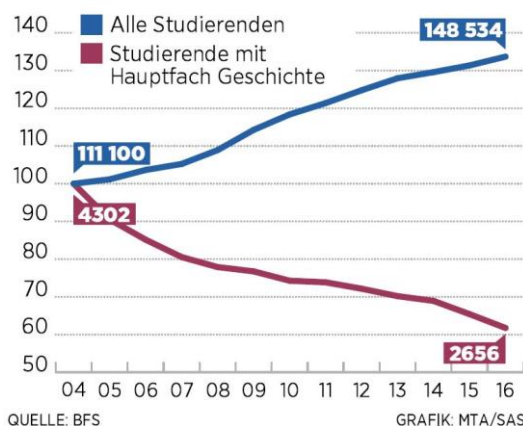
### Anzahl Lektionen halbiert

Historiker landesweit warnen vor einem Zerfall des Fachs. Sie fürchten eine historische Amnesie, denn auch in der Volksschule büsst die Geschichte an Stellenwert ein. Mit dem neuen Lehrplan 21, der in allen Deutschschweizer Kantonen eingeführt wird, verschwindet das Fach aus dem Stundenplan. Stattdessen wird Geschichte unter der Rubrik «Räume, Zeiten, Gesellschaften» unterrichtet.

Es ist der vorläufige Höhepunkt einer Entwicklung, die vor über 15 Jahren begonnen hatte. Seither wurden Lektionen abgebaut und mit anderen Bereichen vermischt. Im Kanton Aargau bot die Bezirksschule früher 320 Lektionen Geschichte pro Jahr an, im neuen Lehrplan sind es noch halb so viele. Andere Kantone weisen einen ähnlichen Trend auf.

### Weniger Geschichtsstudenten an den Universitäten

Indiziert 2004 = 100



Mario Andreotti hat 30 Jahre Geschichte an Kantonschulen in St. Gallen und Uri unterrichtet. Er spricht sogar von einem regelrechten Niedergang des Schulfachs: «Das Geschichtswissen der Jugendlichen nimmt drastisch ab.»

Wichtige historische Ereignisse seien nur noch bruchstückhaft bekannt. Als Beispiel nennt er eine Studie aus Deutschland. Sie hat ergeben, dass nur jeder Dritte weiss, wer die Berliner Mauer errichtet hat. Ausserdem sei vielen nicht klar, ob das Nazi-Regime eine Diktatur war. «Ich befürchte, in der Schweiz wären die Ergebnisse nicht besser», sagt er.

Bildungslücken betreffen nicht nur die jüngere Historie, sondern auch die Schweizer Geschichte. Linke wie Rechte beanspruchen die Deutungshoheit für sich. Gestritten wird über fast alles: Jahreszahlen, Wendepunkte oder Schlachten wie in Marignano. Was ist Mythos? Was ist Fakt? Historische Begebenheiten weichen politischen Grabenkämpfen.

Auch Mario Andreotti hält die Konzentration auf MINT-Fächer für die Ursache der Wissenslücken. Hinzu komme ein Mangel an Fachlehrern in den Sekundarschulen. Schuld sei aber auch der neue Lehrplan 21, der den Schwerpunkt auf Kompetenzen legt: «Diese Fokussierung schadet besonders dem Fach Geschichte, wo es vorwiegend um Fakten geht.»

In einem Beitrag für das «St. Galler Tagblatt» bemängelt der Professor, dass Geschichte in vielen Schulen nicht mehr chronologisch unterrichtet wird, sondern in Längsschnitten zu Themen wie «Krieg und Frieden» oder «Migration». «Das dient angeblich dem tieferen Verständnis, fördert in Wirklichkeit aber Unwissenheit und Oberflächlichkeit», schreibt er. Das zeitliche Nacheinander weiche einem Durcheinander. Die Folge: Die Schüler seien immer weniger in der Lage, Lehren aus der Vergangenheit zu ziehen.

Das werde gerade deutlich: «Der Nationalismus, wie wir ihn zurzeit in den USA, Russland oder der Türkei erleben, gilt heute wieder als Lösung aller Probleme», sagt Andreotti. Dabei sei es genau dieser Nationalismus gewesen, der Europa in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts vergiftet und zu zwei Weltkriegen und zum Holocaust geführt habe. Gegen die historische Amnesie helfe nur ein chronologischer, durchgehender und auf Fakten basierender Unterricht.

### ***Neue Lehrmittel sollen helfen***

Allerdings sind nicht alle Professoren so pessimistisch wie Andreotti. Der Lehrplan 21 werde viele Probleme lösen, glaubt Peter Gautschi, Professor an der PH Luzern und Experte in der Arbeitsgruppe des Lehrplans 21. Zwar hat auch er erfolglos mehr Geschichtsstunden gefordert, glaubt die Schulen aber auf dem richtigen Weg.

Gerade der Fokus auf die Kompetenz lasse die Jugendlichen Zusammenhänge besser verstehen. Um dieses Verständnis zu fördern, hat Gautschi gemeinsam mit Kollegen ein neues Lehrmittel namens «Zeitreise» verfasst, das auf den neuen Lehrplan ausgerichtet ist.

Und noch ein Punkt stimmt ihn optimistisch: An den boomenden Pädagogischen Hochschulen würden sich viele angehende Lehrer für die Fachrichtung Geschichte begeistern. Deshalb glaubt Gautschi, dass der Stellenwert in den Schulen erstmals seit Jahren wieder steigen werde.

<https://www.basellandschaftlichezeitung.ch/schweiz/schweizer-historiker-alarmiert-zahl-der-geschichts-studenten-ist-massiv-gesunken-131347558>

*Man beachte die Kommentare*

NZZ, 18.5.2017

## Schweizer Föderalismus – Auf der Schlachtbank

Kommentar von Marcel Amrein

**Der Föderalismus blutet, womöglich stärker als jedes andere Merkmal der Schweiz. Das scheint die Bürger kaum zu beunruhigen. In Gefahr sind so aber auch populärere helvetische Eigenheiten wie die direkte Demokratie.**



Illustration: Peter Gut

*«Wie kurzweilig ist es, dass es nicht einen eintönigen Schlag Schweizer, sondern dass es Zürcher und Berner, Unterwaldner und Neuenburger, Graubündner und Basler gibt, und sogar zweierlei Basler!»*

26 Kantone bilden die Schweiz. Aber nur selten ist heute eine Begeisterung über die föderale Buntheit des Landes zu hören, wie sie der junge Karl in Gottfried Kellers «Fähnlein der sieben Aufrechten» von sich gibt. Zwar spielen die Schweizer unvermindert gerne auf die Eigentümlichkeiten der einzelnen Kantone an, auf Dialekte und Mentalitäten, etikettieren Jurassier als aufmüpfig, Aargauer als provinziell oder Walliser als trinkfest. Die staatsrechtliche Idee des Föderalismus dagegen hat es deutlich schwerer. Sie erscheint vielen gleichbedeutend mit Kantönligeist und Kirchturmpolitik.

Wie weit weg der Föderalismus für einen grossen Teil der Bevölkerung ist, hat letzte Woche eine von der Konferenz der Kantonsregierungen in Auftrag gegebene Studie gezeigt. Für einen Drittel ist der Föderalismus ein «eher vages» Konzept, so das Resultat der Umfrage, die eine Grundlage für die im Herbst anstehende [5. Nationale Föderalismuskonferenz](#) bilden soll. Die Hälfte der Befragten fühlt sich nicht oder überhaupt nicht mit dem Föderalismus verbunden – je jünger, desto weniger: Von den unter 30-Jährigen verspüren lediglich 37 Prozent Verbundenheit, von den über 60-Jährigen allerdings auch nicht mehr als 57 Prozent.

Das zeitigt Folgen in der Politik. Die Schweiz wird zusehends zentralistischer. Von den [Kinderkrippen](#) über Bereiche wie Verkehr, Gesundheit, Bildung oder Raumordnung bis zur Kulturförderung verstösst der Bund regelmässig gegen das Subsidiaritätsprinzip, gemäss dem er eigentlich die Finger lassen sollte von Aufgaben, die auch Kantone oder Gemeinden zu erledigen vermögen. Bundespolitiker reden zwar gerne der Subsidiarität das Wort, doch im Einzelfall ist die Verlockung der zentralen Regelung oft zu stark. Kantonale und lokale Politiker wiederum lassen sich das durchaus gefallen, solange bei den Subventionen der Rubel rollt.

Die Schweiz wird zusehends zentralistischer. Von den Kinderkrippen über den Verkehr oder die Bildung bis hin zur Kulturförderung verstösst der Bund regelmässig gegen das Subsidiaritätsprinzip.

Gegenüber dem Föderalismus herrscht gewiss keine Feindseligkeit – aber weitverbreitete Gleichgültigkeit. Ihm ergeht es ganz anders als anderen Spezialitäten des Schweizer Staatswesens. Die Neutralität etwa erhält gemäss der jüngsten [ETH-Sicherheitsstudie](#) den Beifall von nicht weniger als 95 Prozent der Bevölkerung. Besonders ins Auge sticht aber der Unterschied

zur direkten Demokratie: Dieser wird seit Jahren eine gleichsam religiöse Verehrung zuteil. [Denkt die Bundeskanzlei ein bisschen zu laut über die Volksrechte nach](#), wittern Hitzköpfe sofort eine Verschwörung zu deren Abschaffung. Dagegen warnt kaum jemand vor einer Abschaffung des Föderalismus. Und wovor erst recht niemand warnt: Es ist gerade das Schwinden des Föderalismus, das mit Abstand die grösste Gefahr für die direkte Demokratie darstellt.

### ***Horte der Demokratie***

Wenn heute von der direkten Demokratie die Rede ist, meint man gewöhnlich diejenige auf der Bundesebene. Meist nur diese erhält die wirklich starke Medienbeachtung, zumal in der jüngsten Vergangenheit einige markante Volksentscheide vorkamen, etwa das Nein zur Unternehmenssteuerreform III im Februar oder das Ja zur Masseneinwanderungsinitiative drei Jahre zuvor. Doch muss sich der Bürger eingestehen: Sein direkter Einfluss auf die Bundespolitik ist eigentlich bescheiden. Referendumsvorlagen wie derzeit das komplexe Energiegesetz muss er entweder ganz annehmen oder ganz ablehnen, obschon ihm vielleicht Teile davon passen und andere nicht. Daneben wird er mit häufigen Initiativen (nur für Verfassungsänderungen) bedient, die oft durch nachlässige Detailarbeit der Urheber auffallen. Das ist es schon.

### **NZZ-Quiz**

#### **Was wissen Sie über die Politik in den Kantonen?**

[von Marcel Amrein 3.5.2017, 10:20](#)

Wie viel reicher sind die Mitwirkungsrechte auf den tieferen Staatsebenen! Da finden sich im direktdemokratischen Werkzeugkasten auch Gesetzesinitiativen, Finanzreferenden, Volksmotionen, Einzelinitiativen, konstruktive Referenden und anderes mehr. Die einzelne Stimme ist bei kantonalen und vor allem kommunalen Abstimmungen viel wertvoller als bei nationalen. Statt nur Ja oder Nein zu sagen, kann eine Bürgerin selber die politischen Feinheiten mitgestalten, indem sie an Gemeindeversammlungen teilnimmt oder eines der zahlreichen Milizämter übernimmt. Ein Sitz in einem Gremium von Gemeinde oder Kanton ist ungleich leichter zu erlangen, als in den exklusiven Kreis der 246 Bundesparlamentarier aufgenommen zu werden. Doch ist das erstrebenswert, wenn bedeutende Weichenstellungen nurmehr in Bern geschehen?

In vermutlich keinem Staat ist die Staatsmacht so zersplittert wie in der Schweiz. Erstens herrscht kein mächtiger Regierungs- oder Staatsschef, sondern sieben gleichberechtigte Bundesräte teilen sich die Exekutivgewalt. Gegenüber dem Parlament haben diese, zweitens, deutlich weniger zu melden als Kabinette im Ausland. Drittens sieht sich das Parlament seinerseits durch die Volksrechte eingeschränkt. Hinzu kommt viertens der Föderalismus. Gerade der Föderalismus ist wohl der stärkste Hebel bei der Verteilung der Staatsmacht, finden sich doch die anderen drei Vorkehrungen analog auch in den tieferen föderalen Einheiten wieder. Seine Schwächung ist umso ernster.

### **Leserdebatte**

#### **Wie erlangt der Föderalismus wieder mehr Popularität?**

[19.5.2017](#)

### ***Sprachgrenzen kaschieren***

Es mag also widersprüchlich erscheinen, wenn die Schweizerinnen und Schweizer die direkte Demokratie hochjubeln und gleichzeitig den Föderalismus einigermaßen ignorieren. Neben direkter Demokratie und Milizsystem hängen aber noch andere zentrale Dimensionen des Schweizer Staatsgedankens vom Föderalismus ab – etwa die Viersprachigkeit, die in der weiten Welt draussen nicht selten als das auffälligste Merkmal der Eidgenossenschaft wahrgenommen wird.



Wäre der Mehrsprachigkeit mit einem zusätzlichen Schuss Zentralismus nicht besser gedient? Diesen Schluss ziehen einige aus dem [Umgang der widerborstigen Thurgauer mit dem Frühfranzösisch](#). Doch sonst dürften die meisten der Ansicht beipflichten, dass der Föderalismus enorm zur Wahrung des Sprachfriedens beiträgt. Die Sprachminderheiten können so nach ihrem Gusto schalten und walten, mag dies auch, anders als etwa in Belgien, nicht der ursprüngliche Zweck des Schweizer Föderalismus sein. Hinzu kommt ein weiterer, selten genannter Vorteil des Föderalismus: Indem er lauter kantonale und lokale Identitäten nährt, weichen die Unterschiede zwischen den Sprachgruppen zwar nicht, aber sie stechen weniger eklatant hervor. Die Sprachgrenze wird zur Grenze unter vielen.

Indem der Föderalismus lauter kantonale und lokale Identitäten nährt, weichen die Unterschiede zwischen den Sprachgruppen zwar nicht, aber sie stechen weniger eklatant hervor.

Auf ähnliche Weise half der Föderalismus lange einem weiteren hehren Grundsatz der Schweiz, der Konkordanz. Der Konkordanzgedanke gilt als geschwächt. Die Parteien sind weniger zu gutlichem Einvernehmen bereit als früher, beharren auf Maximalforderungen und erinnern bisweilen an Blöcke mit einer Fraktionsdisziplin, wie man sie aus ausländischen Parlamenten kennt. Ein Grund dafür: Die Nationalräte (und sogar die Ständeräte) besitzen heute tendenziell schwächeres kantonales Bewusstsein, vielleicht auch, weil sie vermehrt auf die alte Ochsentour in ihrem Heimatkanton verzichten und direkt in die gewichtiger gewordene Bundespolitik einsteigen. Damit verschwinden Bande über die Parteien hinweg wie auch weltanschauliche Schattierungen innerhalb der Parteien. Die Parteigrenzen erscheinen ausgeprägter.

### ***Der älteste Pfeiler***

Wohlgemerkt: Niemand will die Schweiz formell in einen Zentralstaat umbauen. Die Gefahr liegt vielmehr darin, dass der Föderalismus laufend weiter ausgehöhlt wird und die Kantone und Gemeinden zu Potemkinschen Dörfern verkommen – folkloristischen Fassaden aus einer Zeit glanzvoller Autonomie, hinter denen nicht mehr viel Eigenes steckt. Selbst wer in einer solchen Entwicklung wenig Bedrohliches erkennt, muss zugeben: Wenn der Föderalismus zerfällt, verliert die Schweiz ihr ältestes und über Jahrhunderte dominantes Staatsprinzip.

Die föderale Idee im weitesten Sinn stand am Anfang der mittelalterlichen Eidgenossenschaft. Neutralität, Demokratie, Viersprachigkeit, Miliz, Konkordanz – all die anderen Prinzipien kamen erst später hinzu. Ihr Gedeihen hängt aber bis heute teilweise massgeblich vom Föderalismus ab. Schwindet dieser, nehmen auch sie argen Schaden.

<https://www.nzz.ch/meinung/schweizer-foederalismus-auf-der-schlachtbank-ld.1294359>



Zürcher Unterländer, 18.05.2017

## ***Umstrittener Schulleiter tritt ab***

**NIEDERHASLI – Gregory Turkawka verlässt die Sek Niederhasli-Niederglatt-Hofstetten. Der Gesamtschulleiter war eine der treibenden Kräfte hinter dem umstrittenen Schulmodell des selbst organisierten Lernens, welches innerhalb der Schulgemeinde praktiziert wird.**

In Niederhasli und Niederglatt wird ein neuer Schulleiter gesucht. Gregory Turkawka hat die Elternschaft in einem Schreiben darüber informiert, dass er seine Stelle als Gesamtschulleiter aufgeben wird. In dem Brief kündigt er seinen Weggang auf Ende des laufenden Schuljahres an. Er nehme eine neue Herausforderung an der Pädagogischen Hochschule an. In der Fortsetzung des Schreibens erklärt Philippe Chappuis, Präsident der Schulpflege, sie hätten mit grossem Bedauern von Turkawkas In Niederhasli und Niederglatt wird ein neuer Schulleiter gesucht. Gregory Turkawka hat die Elternschaft in einem Schreiben darüber informiert, dass er seine Stelle als Gesamtschulleiter aufgeben wird. In dem Brief kündigt er seinen Weggang auf Ende des Kündigung erfahren. «Sie kam für uns völlig überraschend», sagt Chappuis. Gregory Turkawka stand zuweilen in der Kritik, weil er an der Schule das umstritten Modell des selbst organisierten Lernens einführte. Für die in der IG Schule Niniho vereinten Kritiker steht die Kündigung denn auch im Zusammenhang mit der neu in die Schulpflege gewählten Anita Lommatzsch, die ebenfalls der IG angehört.

bag

Zürcher Unterländer, 18.05.2017

## ***Schule hält fest an kritisiertem Modell***

**NINIHO – Insgesamt zehn Jahre war Gregory Turkawka an der Sekundarschule Niederhasli-Niederglatt-Hofstetten tätig, davon die letzten drei Jahre als Schulleiter. Er setzte das selbstorganisierte Lernen um, das immer wieder zu Protesten von Eltern führte.**

Das Zitat von Franz Kafka «Wege entstehen dadurch, dass man sie geht» steht über dem Brief, den Gregory Turkawka, Schulleiter der Sekundarschule Niederhasli-Niederglatt-Hofstetten Ende April den Eltern zukommen liess. Darin erklärt er, er wechsele im Sommer «um viele Erfahrungen reicher» an die Pädagogische Hochschule Zürich (PHZ). «Damit nehme ich eine Chance wahr, die mir die PHZ geboten hat, um mich persönlich weiterzuentwickeln.» Auch Schulpflegepräsident Philippe Chappuis äussert sich im gleichen Brief mit den Worten: «Mit Gregory Turkawka verlässt uns eine engagierte Person, welche unsere Schule mit einem enormen Einsatz geprägt und professionell mitentwickelt hat. Es ist ihm gelungen, einen Ort zu schaffen, an dem Mitarbeitende und Lernende sich wohlfühlen, sich einbringen und Verantwortung übernehmen.»

### **«Untaugliche Lernmethode»**

Das 2015 unter Turkawka an der Schule eingeführte System des selbst organisierten Lernens (SOL) hatte allerdings immer wieder für Wirbel gesorgt. Die Interessengemeinschaft (IG) Schule Niniho, der zahlreiche unzufriedene Eltern angehören, hatte sich immer wieder mit verschiedenen Mitteln gegen diese ihrer Meinung nach für eine grosse Anzahl Schüler untaugliche Lernmethode gewehrt. Chappuis sieht jedoch keinen Grund, vom bisherigen Kurs abzuweichen. «Es war seinerzeit ein Entscheid der Schulpflege, das selbstorientierte Lernen an unserer Sekundarschule einzuführen. Wir bleiben auch nach dem Weggang des Schulleiters dabei.» Seine Kündigung kurz vor den Frühlingsferien sei absolut überraschend gekommen. «Wir werden demnächst die Führungsstrukturen überprüfen, um herauszufinden, wer für welche Aufgaben eingesetzt werden kann und wo eine Erhöhung der Stellenprozente möglich ist.» Erst wenn das alles abgeklärt sei, komme die Anstellung einer neuen Fachperson in Frage.

## Kritiker fühlen sich bestätigt

Über den Zeitpunkt von Gregory Turkawkas Kündigung ist man bei der IG Schule Niniho nicht erstaunt. Nicole Fuchs setzt sich seit langem im Namen der IG dafür ein, dass die Schülerinnen und Schüler im Schulhaus Seehalde stärker kontrolliert werden. Zusammen mit andern IG-Delegierten war sie vor rund einem halben Jahr bei der Schulpflege vorstellig geworden, um auf Missstände hinzuweisen. «Die Kinder waren viel zu oft sich selber überlassen und wurden von keiner Lehrperson betreut», sagt sie. Die Schulpflege habe dann aufgrund von vermehrten Kontrollen und Schulbesuchen bestätigt, dass gewisse Dinge nicht in Ordnung seien.

Gemäss Fuchs habe der Schulleiter in ein anderes Büro umziehen müssen, um näher bei den Unterrichtsräumen zu sein. Zudem sei ihm die Budgetkompetenz auf 5000 Franken beschränkt worden. Sie attestiert Turkawka, dass er ein Macher sei und über einen quirligen Geist verfüge. «Er braucht viel Freiraum für seine Ideen – zu viel.» Seit Anita Lommatzsch, die ebenfalls der IG angehört, in die Schulpflege gewählt wurde und dort für die Finanzen zuständig ist, sei es für den Schulleiter schwieriger geworden, seine Ideen und Vorstellungen kompromisslos umzusetzen. Die IG sieht darin den Grund für die Kündigung.

Barbara Gasser

*Interessengemeinschaft Schule Niederhasli Niederglatt Hofstetten, 17. Mai 2017*



## Kündigung des Schulleiters der umstrittenen Sekundarschule in Niederhasli

In seinem Brief an die Eltern vom 26. April, wo der Gesamtschulleiter der beiden Eduzis-Schulen der Kreisgemeinde Niederhasli-Niederglatt-Hofstetten, Gregory Turkawka, seinen Rücktritt per Ende Schuljahr bekanntgibt, tönt zwar alles nach Friede-Freude-Eierkuchen, aber das ist eine reine Fassade. Darunter bröckelt es immer heftiger, denn es zeigen sich immer mehr fundamentale Mängel des radikalen Schulmodells, welches auf dem stark umstrittenen selbstorganisierten Lernen (SOL) basiert. Die Interessengemeinschaft IG Schule NiNiHo engagiert sich schon seit 2015 für eine Verbesserung des Systems und kritisiert laufend und mit konkreten Beispielen, was alles nicht funktioniert und zum Teil gar dem offiziellen Lehrplan zuwiderläuft. Dabei erstreckt sich die Kritik sowohl auf eklatante finanzielle Fehler, mangelnde Kommunikation, sowie, als Wichtigstes, auf das pädagogische Konzept. Diesen Druck hat auch endlich die Schulpflege gespürt, welche kürzlich reagierte, indem sie ihrerseits den Druck auf die Schulleitung erhöhte und z. B. deren bis anhin allzu grosse Kompetenzen und Gestaltungsfreiheiten einschränkte. Bekanntlich haben sogar zwei Kantonsräte letzten Herbst mit ihrer sehr kritischen Anfrage an den Regierungsrat für Wirbel gesorgt. Und nun liegen wieder Zahlen vor, wie viele Schüler die Aufnahmeprüfung an eine weiterführende Schule (Gymi, BMS etc.) bestanden haben. Das Ergebnis für die Eduzis-Schulen ist vernichtend!

Erstaunt es unter diesen Umständen noch, dass Gregory Turkawka das Handtuch wirft?

Suzanne Weigelt, Niederhasli

<http://igniniho.webhop.info/wp/?p=480>

*Schule Schweiz, 16. Mai 2017*

## **Neoliberale oder linke Bildungspolitik?**

Nach dem Willen der OECD sollen die europäischen Bildungssysteme ihre Eigentümlichkeiten verlieren, um international genormtes Humankapital hervorzubringen. Paradox, dass ausgerechnet von links mit der Parole vom „gemeinsamen Lernen“ die konsequenteste Hingabe an dieses Prinzip kommt.

**Neoliberale oder linke Bildungspolitik? Makroskop, 16.5. von Hans-Jürgen Bandelt**

<http://schuleschweiz.blogspot.ch/2017/05/neoliberale-oder-linke-bildungspolitik.html>